

# Übersicht

## AUSSENPOLITIK

### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

#### (1) Schiffsabkommen mit Peking

Bonn und Peking haben am 29.8. ein Schiffsabkommen paraphiert, dem das Prinzip der Meistbegünstigung zugrunde liegt. Das Abkommen hebt vor allem auch eine gegenseitige Besteuerung ausladender Schiffe auf. Die Vertragspartner garantieren sich Freiheit des Schiffsverkehrs und Vermeidung von Flaggen-diskriminierung. Das Abkommen enthält ferner eine Berlin-Klausel (FAZ, 30.8.1975).

### WESTEUROPA

#### (2) Zurückhaltende Stellungnahme zu den Vorgängen in Portugal

Bei einer Stellungnahme zur Bildung der neuen Regierung in Portugal am 8. August gab Hsinhua (NCNA, 11.8.1975) eine vorsichtige Einschätzung der dortigen Situation, die ganz unter dem Gesichtspunkt erfolgt, inwieweit die Sowjetunion in Portugal Fuß fassen kann. Zitat: "Die gegenwärtige Regierungskrise begann Mitte Juli des Jahres. Die Sozialistische Partei und die Volksdemokratische Partei erklärten am 11. bzw. 17. Juli ihren Austritt aus der Regierung. Dieser Schritt ging vor allem auf ihre Mißbilligung der von Goncalves verfolgten Politik zurück, die der sowjetischen Infiltration förderlich war.... Die Verschärfung der Gegensätze führte dazu, daß Goncalves große Schwierigkeiten bei der Bildung einer neuen Regierung hatte. Nach der sich lange hinziehenden Bildung der neuen Regierung veröffentlichten Antunes und 20 bedeutende Mitglieder der Bewegung der Streitkräfte ein Manifest, in dem es hieß, die neue Regierung sei nicht glaubwürdig, und sie sei offensichtlich unfähig, das Land zu regieren. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Mario Soares, erklärte, die neue Regierung sei in keiner Weise in der Lage, die Probleme des Landes zu lösen. Sie werde diese vielmehr wahrscheinlich noch verschärfen".

Die Auswahl dieser Informationen zeigt deutlich, wo die Sympathien Chinas liegen. Goncalves wird mit keinem Wort als ein der KP nahestehender Politiker erwähnt. Hingewiesen wird allerdings darauf, daß "Portugal eine sehr wichtige strategische Position in Südeuropa einnimmt, da es am Eingang der Wasserstraße liegt, die das Mittelmeer mit dem Atlantik verbindet. Die beiden Supermächte, die Sowjetunion und die USA, versuchen mit allen Kräften, auf die Entwicklung der Situation in

diesem Lande Einfluß auszuüben. Insbesondere die Sowjetunion hat sich mit allen nur möglichen Mitteln darum bemüht, das Land in ihren Einflußbereich zu bringen".

### SOWJETUNION UND OSTEUROPA

#### (3) Moskau entdeckt "Meinungsverschiedenheiten zwischen China und den blockfreien Ländern"

Unter Berufung auf die ceylonische Zeitschrift Tribune betont TASS (englisch, 5.8.1975) vier wichtige Meinungsverschiedenheiten zwischen China und den blockfreien Ländern.

- Über Entspannungs- und Abrüstungsfrage: die Blockfreien-Gipfelkonferenz vom September 1973 in Algier habe auch Teilabrüstungsmaßnahmen als Friedenszeichen gedeutet. China dagegen wolle alles (totale Abrüstung) oder nichts.

- Die Blockfreien wendeten sich gegen alle Kriegsblocks und Stützpunkte auf fremdem Gebiet und forderten die Errichtung kernwaffenfreier Zonen, während Peking kein Geheimnis aus seiner Unterstützung für die NATO und SEATO (sic!) mache.

- Peking betrachte ferner alle Probleme der Apartheid und der Entwicklungshilfe vom Standpunkt des Kampfes zwischen den "Supermächten" aus, während die blockfreien Länder diese Probleme aus einem realistischeren Blickwinkel betrachteten.

- Schließlich zögen die Blockfreien einen deutlichen Trennungsstrich zwischen sozialistischen und imperialistischen Ländern, während Peking eine übersimplifizierte Einteilung der Welt in reiche und arme Länder befürworte, die keine Rücksicht auf die jeweils bestehenden Gesellschaftsverhältnisse nehme.

#### (4) TASS: Die Rolle des Mittelmeeres in den Plänen Pekings

Die Pläne Pekings im Mittelmeerraum sind nach Ansicht der TASS (englisch, 23.8.1975) darauf gerichtet, die Beziehungen zwischen den Ländern dieses Raumes und der Sowjetunion systematisch zu untergraben. Pausenlos kritisiere man die Präsenz sowjetischer Flottenverbände im Mittelmeer, komme jedoch auf die Anwesenheit der 7. amerikanischen Flotte kaum zu sprechen und kritisiere sie schon gar nicht. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Absichten der NATO-Generale, das Mittelmeer in ein 'Binnengewässer der NATO' zu verwandeln, ganz auf der chinesischen Linie liege. Vor allem Malte nehme in den Plänen Pekings einen besonderen Platz ein: Nachdem die Chinesen jetzt eine Botschaft in La Valetta errichtet hätten, sehe Peking in Malta einen geeigneten Ort für die Beobachtung der Be-

wegungen der Marine und Luftstreitkräfte zahlreicher Länder. Der gefährliche Charakter der Politik Pekings sei besonders während der Ereignisse auf Zypern deutlich geworden, als China praktisch die NATO unterstützte.

#### **(5) Neue Attacken des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" gegen die VR China**

Mit einem fast ganzseitigen Kommentar schaltete sich am 25. August 1975 das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" in die sich verschärfende Moskauer Kampagne gegen Peking ein. U.a. beschuldigt es die chinesische Führung der "massiven und lautstark propagierten Vorbereitung für einen Krieg".

Sodann weist der Artikel auf die Verbindung der "Maoisten" zur "Reaktion" im Westen hin: Die gegenwärtig besten Freunde der chinesischen Führer in Europa seien der nicht unbekannt bayerische Reaktionär Strauß, der englische Konservative Heath und die extrem rechts stehenden Kreise anderer bourgeois Staaten. Unter den amerikanischen Politikern würden der extrem antisowjetische Senator Jackson und der US-Verteidigungsminister Schlesinger bevorzugt, der sich durch seine ständigen Forderungen nach Erhöhung der Rüstungsausgaben das Lob Pekings verdient habe. Aus Peking würden an die europäischen kapitalistischen Länder ständig Ratschläge adressiert, den Nordatlantik-Block zu stärken, die militärischen Vorbereitungen zu vergrößern. Die Gesamteuropäische Sicherheitskonferenz werde schärfstens verurteilt. Aus alledem gehe klar hervor, daß Peking offenen Kurs der direkten Zusammenarbeit mit den imperialistischen Kräften zur Schaffung einer breiten, gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gerichteten Allianz gewählt habe. "Die Gruppe um Mao Tse-tung ist de facto zum Verbündeten der Weltreaktion geworden". Von der "imperialistischen Presse" werde den Worten und Taten der maoistischen Führung deshalb viel Raum gegeben und "genüßlich" die Übereinstimmung in vielen Fragen festgestellt.

Wenn die Mao-Gruppe in provozierender Weise die Notwendigkeit eines neuen Weltkriegs (u.a. auch in der neuen Verfassung) propagiere, so denke sie dabei noch keineswegs an eine eigene Beteiligung. Die Pekinger Führung spekuliere vielmehr in erster Linie auf einen militärischen Zusammenstoß zwischen den USA und der UdSSR in Europa. Aus diesen Gründen sei die maoistische Führung besonders an einer Zuspitzung der Lage in Europa interessiert, wo sich die Truppen der NATO und des Warschauer Paktes unmittelbar gegenüberstünden. Peking handelt dabei nach einer alten Weisheit der chinesischen Mythologie, vom Berg aus "den Kampf der Tiger" zu beobachten, um als lachender Dritter so heil wie möglich aus einer atomaren Katastrophe hervorzugehen.

Die maoistische Führungsgruppe erhebe ferner territoriale Ansprüche gegenüber der UdSSR, der Mongolischen Volksrepublik, Indien, Japan, Vietnam und Thailand. Sie verletze laufend die Grenzen Birmas, rüste bewaffnete Banden aus und mische sich offen in innere Angelegenheiten anderer Staaten ein.

Während die Mao-Gruppe nach außen hin den Aufbau einer antisowjetischen Front betreibe, habe sie im Inneren die Zügel straffer angezogen und ihr "militärisch-bürokratisches Regime" weiter verhärtet. Das SED-Organ weist ferner bedauernd darauf hin, daß in China jetzt das sozialistische Prinzip der Verteilung nach Leistung als bürgerlich diffamiert werde, und die neue Verfassung das System allgemeiner demokratischer Volksvertretung

gen aufgehoben habe. Die Werktätigen seien von jeglicher Beteiligung an der Machtausübung - angefangen bei den Betrieben und Volkskommunen bis zu den Organen der Staatsmacht - ausgeschaltet.

#### **(6) Für den "DDR-Medizinreport" ist Akupunktur "völlig okkult" und dem Magischen verhaftet**

Die beiden Ostberliner Professoren Prokop (Gerichtsmedizin) und Seidel (Neurologie) ordneten im "DDR-Medizinreport" die Akupunktur, "ohne auf die krausen Theorien der Akupunktursysteme einzugehen", in "das Koordinatensystem von Hysterie und Suggestion" ein. Sie weisen darauf hin, daß es der kritischen Naturwissenschaft bis heute nicht gelungen sei, die Existenz verschiedener Akupunkturpunkte mit spezifischen Wirkungen nachzuweisen. Die ganze Angelegenheit bleibe "nach wie vor dem Magischen verhaftet". Beide Wissenschaftler billigen der Akupunktur lediglich die Funktion eines "Vehikels für suggestive und auto-suggestive Einflüsse" zu.

#### **(7) Polen sucht sich aus der Umklammerung der Sowjetunion zu lösen**

"Um seine Abhängigkeit von der Sowjetunion zu mildern, versucht Polen (neuerdings), Rohstoffe von anderswo zu erhalten" (NCNA, 22.8.1975). Man knüpfe Handel mit Ländern der Dritten Welt an, strecke seine Hand zu den ölproduzierenden Ländern hin aus, treibe aber auch mit den kapitalistischen Ländern immer intensiveren Handel. Gleichzeitig sei die Zuwachsrates im polnisch-sowjetischen Handel von 16,6% im Jahre 1972 auf 11% im Jahre 1974 zurückgegangen, und das Land entwickle eine intensivere Zusammenarbeit mit westlichen Ländern im Bereich der Produktion, der Wissenschaft und der Technologie (Zehnjahresabkommen mit Frankreich, Großbritannien, Italien, Finnland, Belgien, Österreich, Norwegen und Schweden). Erwähnt wird in diesem Artikel auch das Abkommen mit der Bundesrepublik, demzufolge Bonn den Polen eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde DM und weitere 1,3 Mrd. DM zur Zahlung von Pensionen für Polen zur Verfügung stellt.

Die Absicht dieses Artikels ist klar: Polen wird als potentieller Partner einer antisowjetischen Front betrachtet, der sich allerdings nicht von heute auf morgen von Moskau lösen kann, in seinem positiven Bemühen jedoch bestärkt werden muß.

### **NORDAMERIKA**

#### **(8) Gesprächsausbeute amerikanischer Kongreß- Abgeordneter während eines China-Besuches**

Eine Delegation des US-Kongresses besuchte Mitte August 1975 die VR China (vgl. u.a. den Bankettbericht, NCNA, 20.8.1975).

Die Abgeordneten waren sich nicht ganz einig darüber, ob der amerikanische Präsident jetzt schon, wie bereits beschlossen, die VR China besuchen soll, Präsident Ford sollte nicht vor 1977 anreisen, denn die USA hätten bereits mit dem Besuch Nixons 1972 "ihren Tribut" erbracht und könnten nun wohl zu Recht erwarten, daß zuerst ein chinesischer Spitzenmann in die USA kommt. Doch scheint eine solche Hoffnung solange unerfüllbar zu sein, als es in Washington noch eine offizielle Botschaft Taiwans gibt.

Was die Taiwan-Frage anbelangt, zeigten die Chinesen "viel Ge-

duld", obwohl offiziell zwischen Washington und Peking kein Plan für die Wiedereingliederung Taiwans besteht. Beides ist nach amerikanischer Ansicht eine rein innerchinesische Angelegenheit. Die amerikanischen Gäste wiesen auf die deutsche Hallsteindoktrin hin, die dann schließlich durch eine Wiederversöhnung der beiden deutschen Staaten abgelöst wurde. Könnte sich dies nicht auch in China wiederholen? Allgemein war man sich darüber einig, daß die Taiwan-Frage kein entscheidendes Hindernis für eine weitere sino-amerikanische Annäherung sein dürfe.

Besorgt zeigte man sich über die Situation in Korea. Die Amerikaner schlugen den Chinesen vor, auf Präsident Kim Il Sung in dem Sinne Einfluß zu nehmen, daß dieser nicht den Süden angreife. Gleichzeitig wollten sich die Amerikaner bemühen, Südkorea von eventuellen Militäraktionen abzuhalten.

Die Amerikaner gewannen den Eindruck, daß die Chinesen an einer Aufrechterhaltung der USA als einer pazifischen Macht interessiert seien. Auch solle kein weiterer Soldat mehr aus Asien zurückgezogen werden, es sei denn aus Taiwan.

Beide Gesprächsseiten stimmten bei der Beurteilung der Lage in Portugal überein. Auch Peking möchte keine kommunistische Machteroberung in Lissabon, die letztlich den Sowjets zugute käme.

Die Problematik einer Beurteilung der US-Politik ging deutlich aus der Feststellung eines Delegationsmitgliedes hervor: "Die Chinesen sind höchstwahrscheinlich erstaunt darüber, daß schon unter uns sieben Delegierten sich keine einheitliche Meinung über fundamentale Fragen eingestellt hat".

Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die Chinesen dem verstärkten Einfluß des US-Kongresses auf die amerikanische Außenpolitik mit Mißtrauen begegnen. Es wäre ihnen höchstwahrscheinlich sympathischer, mit einem starken Präsidenten zu verhandeln (Bericht von David Bonavia in Times, 7.8.1975).

## LATEINAMERIKA

### (9) Beziehungen VR China - Chile und Lateinamerika

Hat die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen mit der Militärjunta in Chile dem chinesischen Einfluß in Lateinamerika geschadet?

Anfang Juni wurde bei einer Versammlung der führenden Kommunisten Lateinamerikas in Havanna deutlich, daß die etablierten KPs in Ibero-Amerika die sowjetische Linie akzeptiert haben.

Aus zwei Gründen vor allem verurteilten die KP-Delegierten aus 24 lateinamerikanischen Staaten und der Karibik die chinesische Politik:

- China "flirte" einerseits mit dem "Yankee-Imperialismus".
- Zum anderen sei es der einzige kommunistische Staat, der nach dem Sturz Salvador Allendes diplomatische Beziehungen mit dem neuen Militärregime angeknüpft habe. Peking unterstütze ein Regime, "an dessen Händen das Blut Tausender Kommunisten, Sozialisten u.a. Patrioten klebt, die durch brutale Repression" unterdrückt worden seien.

Es hat den Anschein, als ob Moskau die kommunistische Szene in Lateinamerika nie so eindeutig dominiert habe wie bei diesem Treffen in Havanna. Die Rivalität zwischen Moskau und

Peking hat ja auch in Lateinamerika zahlreiche Zerreißproben mit sich gebracht.

Vor allem Kuba ist dabei im Zweifelsfall fast immer pro-sowjetisch gewesen. 1965 schwenkte es erstmals deutlich auf die Moskauer Linie ein. Die Chinesen suchten gegenzusteuern. Sie veranlaßten u.a. einen Tauschhandel (kubanischer Zucker gegen chinesischen Reis); seit aber Anfang 1967 Fidel Castro die Politik der VR China in aller Öffentlichkeit scharf angriff, blieben die kubanisch-chinesischen Beziehungen gespannt (CSM, 30.6.1975).

## NAHOST

### (10) Weitere Unterstützung Pekings für die Palästinenser

Mitte Juli besuchte eine Delegation der Palästinensischen Al Fatah die VR China. Leiter war Abu Basma Jihad, Mitglied des ZK der Al Fatah und Stellvertretender Oberbefehlshaber der Al Fatah-Verbände. Vor ihrer Weiterreise nach Nordkorea am 23.7. besuchte die Delegation noch eine Panzereinheit der Pekinger Truppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee (NCNA, 23.7.1975). Wie die in Beirut erscheinende palästinensische Zeitung "Al-Liwa" mitteilt, habe die PLO von China das Versprechen neuer Waffenlieferungen erhalten (NZZ, 24.7.1975). Damit werden die bis unter das Dach gefüllten Waffenarsenale der Palästinenser noch weiter aufgefüllt. Die Al Fatah hat aber nicht nur ein Waffenlieferungsabkommen schließen können, sondern hat darüber hinaus vermutlich erneut die Bestätigung bekommen, daß China gegen jegliche "Verhandlungslösung des Nahost-Konfliktes" eintritt. Aus der Sicht Pekings ist die Palästina-Frage ein Unruheherd, der durch die "israelischen Zionisten in Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten" geschaffen worden ist. Das Problem könne nur dadurch gelöst werden, daß die arabischen Völker jegliche Interventionsmöglichkeit von außen ausschalteten (C.a. Dezember 74-Ü 10).

Es ist nicht bekannt, ob die PLO heutzutage mit Waffen stärker von Moskau oder von Peking beliefert wird. Fest steht aber, daß China die erste Macht war, die den Palästinensern Waffen geliefert hat. Zwischen 1964 (Gründung der PLO) und 1970 waren die Al Fatah-Guerilleros fast nur auf chinesische Waffen angewiesen. Ahmed Schukeiri, erster Chef der PLO, hatte seinerzeit die Kontakte zu Peking geknüpft. Als 1965 dann die "Palästina-Befreiungsarmee" aufgebaut wurde, erhielten deren Offiziere ihre erste Ausbildung in China.

China konzentriert seine Kontakte auf die Fatah-Organisation des PLO-Chefs Jassir Arafat. Automatisch bedeutet diese Haltung aber auch eine Entscheidung gegen die "Ablehnungsfront" der radikalen marxistischen "Befreiungsfront" unter George Habbach. Die chinesische Formel lautet also: für PLO, für Fatah und für die von Syriens Baath-Sozialisten gelenkten Saikas und gegen die "Befreiungsvolksfront" von Habbach, gegen die von den irakischen Baath-Sozialisten gelenkte "Arabische Befreiungsfront" und gegen das radikale "Befreiungsfront-Generalkommando".

Moskau hat sich demgegenüber den Zugang zu beiden Fraktionen der Palästinenserbewegung offengehalten (FR, 25.7.1975).

Der Anlaß des PLO-Besuches hatte möglicherweise auch "innenpolitische" Gründe für die Palästinenser: Jassir Arafat hatte Anfang Mai 1975 Moskau besucht und dabei ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnet, das in den Reihen der Palästinenser Kritik erfahren hat. In dem Dokument war nämlich nicht von den

„Rechten“, sondern nur von den „berechtigten Interessen“ des palästinensischen Volkes die Rede. Auch hatte es die PLO praktisch auf eine Teilnahme an der Genfer Nahost-Konferenz festgenagelt. War der jetzige Peking-Besuch eine Art „Korrektur“ zur Beruhigung der Gemüter? (SZ, 31.7.1974). Möglicherweise hat die PLO-Delegation auch versucht, sich der Unterstützung Chinas zu versichern, wenn auf der UNO-Generalversammlung im Herbst der Antrag auf Ausschluß Israels aus der Weltorganisation gestellt werden soll.

## ASIEN

### (11) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Bangla-Desh

Nach dem Sturz Mujibur Rahmans Mitte August und der Machtübernahme durch ein neues Regime unter Kondaker Mosh-taque Ahmed (Präsident) teilte Chou En-lai im Namen der Volksrepublik China am 31. August 1975 dem neuen Präsidenten mit, daß die Volksrepublik China die „Volksrepublik Bangla-Desh“ ab sofort „anerkennt“ (NCNA, 31.8.1975).

Dieser Akt war nur eine Frage der Zeit, nachdem Westpakistan, der beste Verbündete Chinas in Südasien, das neue Regime anerkannt hatte. Sollte Bangla-Desh sich aus einer bisher engen Bindung mit Indien lösen, so würden dadurch die Voraussetzungen für bessere Beziehungen zu Peking geschaffen.

Damit hat Peking in seiner Bangla-Desh-Politik eine Wendung um 180 Grad vollzogen und zum Teil auch seine bisherige Süd-asienpolitik retuschiert. Noch 1972, als Dacca einen Antrag auf Aufnahme in die UNO stellte, legte China sein Veto ein, und zwar mit der Begründung, daß Bangla-Desh kein wirklich souveräner Staat sei, sondern dem ehemaligen Kaiserreich Manchukuo zum Verwechseln ähnele. Im Jahr 1931 hätten die japanischen Militaristen einen unerklärten Krieg gegen China vom Zaun gebrochen, die drei Nordostprovinzen Chinas besetzt, eine Marionettenregierung eingesetzt und dem ganzen Gebiet den Namen „Kaiserreich Manchukuo“ verliehen. Chef dieser Regierung sei ein Landesverräter (der letzte Abkömmling der Manchu-Dynastie, P'u-yi) gewesen, mit dessen Hilfe die Besetzung der Gebiete legitimiert werden sollte. Der Staat Manchukuo sei von Japan, Hitler-Deutschland und dem Italien Mussolinis sofort anerkannt worden. Was habe der Völkerbund damals gegen dieses Unterfangen getan? Nichts. Damit habe er den Weg für eine weitere Expansion Japans in China freigegeben. China verglich m. a.W. Japan mit der heutigen Sowjetunion und die damalige Marionettenregierung mit der Regierung des Sheik Mujibur Rahman.

Peking störte sich damals besonders an der Rolle der Sowjetunion, deren Ziel darin bestehe, den Subkontinent unter ihre Kontrolle zu bringen und China einzukreisen. Zu diesem Zweck habe sie „in Zusammenarbeit mit den indischen Expansionisten“ Pakistan gespalten und versuche, die Besetzung Ostpakistans zu verewigen.

Der Dezember-Krieg von 1971 und die Gründung des indienfreundlichen Bangla-Desh war für China ein schwerer Schlag gewesen. Immerhin zerfiel damals die bisherige Machtbalance, die seit 1947 auf dem Subkontinent bestanden hatte: Nicht mehr Indien und Pakistan waren nun die einander ausbalancierenden Gewichte, sondern vielmehr Indien und die Sowjetunion auf der einen und Pakistan/China auf der anderen Seite. Die Achse Neu-

Delhi-Mo skau war schon vorher durch den Indisch-Sowjetischen Freundschaftsvertrag vom August 1971 formell besiegelt worden und hatte sich während des für Indien so siegreichen Dezember-Feldzuges gegen Pakistan aufs beste bewährt. Peking hatte es zwar nicht gewagt, Pakistan im Dezember-Krieg militärisch zu unterstützen, doch intensivierte es von nun an seine Entwicklungshilfe und wurde zum wichtigsten Waffenlieferanten des Reststaates.

Die jetzige Anerkennung Bangla-Deshs durch China, der wohl auch bald die Aufnahme des Staates in die Weltorganisation folgen wird, wurde durch zwei Überlegungen motiviert: Zum einen ist Pakistan mit gutem Beispiel vorangegangen und hat die neue Regierung in Bangla-Desh sofort nach ihrem Machtantritt anerkannt. Peking, das seine Vernunftthe mit Pakistan durch nichts, aber auch durch gar nichts, stören lassen will, war damit in Zugzwang geraten.

Zum anderen scheint die chinesische Regierung - ebenso wie Islamabad - davon auszugehen, daß das neue Regime in Bangla-Desh auf eine Loslösung von Indien hinauswill. Im Zuge einer solchen Emanzipation würde gleichzeitig der Einfluß Moskaus auf Dacca geschwächt. Auch hat der neue Präsident kein Geheimnis daraus gemacht, daß er bessere Verbindungen zu den USA anstrebt, was China nur recht sein kann: Die alte Machtbalance, wie sie bis 1971 bestanden hatte, wäre damit wenigstens teilweise wiederhergestellt.

Indien hat mit seiner Politik bisher fast alle Nachbarstaaten auf Distanz rücken lassen und damit der VR China günstige Gelegenheiten zum Aufbau anti-indischer - und damit letztlich antisowjetischer - „Fronten“ eingeräumt (z.B. mit Nepal, Ceylon, Bhutan und Pakistan). Sollte sich Bangla-Desh zu einem weiteren Baustein in dieser „Front“ entwickeln?

### (12) Zum Besuch des birmanischen Außenministers in Peking

U Hla Phone, der birmanische Außenminister, traf am 8. August mit seiner Begleitung zu einem Freundschaftsbesuch in China ein. Bei einem Bankett Chiao Kuan-huas zugunsten des Gastes wurde beiderseits von den „völkischen, kulturellen und geschichtlichen Banden“ gesprochen, die Birma und China seit langen Zeiten miteinander verbinden (NCNA, 9.8.1975). Auch Teng Hsiao-ping traf mit dem birmanischen Gast zusammen (NCNA, 11.8.1975).

Stets war nur von Freundschaft, nie von Spannungen die Rede. Um so stärker wurden Gesichtspunkte des Konfliktes von ausländischen Presseorganen betont.

TASS (englisch, 5.8.1975) beschuldigt erneut die „Mao Tse-tung-Gruppe“, daß sie sich „in gröblicher Weise in die inneren Angelegenheiten der südostasiatischen Länder einmischte und unter ihren Anhängern in gewissen örtlichen Parteien und Organisationen den Gedanken der Entfaltung eines „Volkskriegs“ verbreitet. In Birma unterstützt die Mao-Gruppe die Organisation 'Weiße Flagge', die einen bewaffneten Kampf zum Zwecke des Sturzes des fortschrittlichen Regimes führt, sowie alle Arten von Sezessionisten, die einzelne Distrikte aus der sozialistischen Republik der Birmanischen Union herauslösen und China zugliedern möchten. Subversive Literatur und Waffen sowie Munition werden von China nach Thailand, Malaysia und Indonesien verschickt. Der chinesische Rundfunk strahlt Hetzsendungen von chinesischen Boden nach südostasiatischen Ländern aus“. Ferner

betreibe China "kartographische Aggression", indem es "Territorien, die zur DRV, zur Republik Südvietnam, zu Laos und Kambodscha, Birma, Thailand, Malaysia und Singapore gehören, sowie zahlreiche Inseln im Südchinesischen und Annamitischen Meer, die stets von Vietnamesen, Malayen, Indonesern und Filipinos benutzt wurden, als chinesisches Territorium darstellt.... Selbst das Südchinesische Meer.... wird zu einem chinesischen Binnensee erklärt."

In ähnliche Richtung geht ein Kommentar von Henry Kamm (New York Times - Bericht aus Rangoon, IHT, 9.8.1975). Birma, das mit China immerhin eine fast 2000 km lange Grenze gemeinsam habe, sei mit Beginn des Jahres 1975 erneut durch Guerilla-Aktivitäten an der nordostchinesischen Grenze aufgeschreckt worden, die von birmanischen Kommunisten getragen seien, welche sich notfalls auf chinesisches Gebiet zurückziehen. Im Juni hätten die Guerillakräfte sogar den Salween-Fluß überschritten und den Regierungstruppen Kämpfe geliefert. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Salween so etwas wie eine geographische Grenze für bedeutsamere Auseinandersetzungen mit Rebellen. Die Verstärkung der Kampfaktivität im Nordosten überschattete einen Erfolg, den die Regierungstruppen im März 1975 im Gebiet der Pegu Yoma-Bergkette erzielt hatten. Damals waren zwei führende Mitglieder der KP Birmas im Kampf getötet worden

Die Aufschläge der Regierungstruppen würden immer höher, so daß die Regierung vor kurzem verboten habe, weitere Totenlisten zu veröffentlichen. Die schwersten Auseinandersetzungen konzentrierten sich auf die Gebirgswelt des Shan-Staates. Die Kampfaktivität habe sich diesmal sogar in die Monsunzeit hineingezogen, deren Beginn doch sonst immer so etwas wie eine Atempause gebracht hatte. Die Stärke der Rebellen soll bei etwa 10.000 Mann liegen, wird aber durch das schwere Gelände in ihrer Effektivität so erhöht, daß nicht weniger als 130.000 Regierungssoldaten zu ihrer Bekämpfung eingesetzt sind. Die Truppen haben es nicht nur mit kommunistischen Aufständischen zu tun, sondern darüber hinaus noch mit 20 verschiedenen Gruppen ethnischer, politischer und "schmugglerischer" Natur.

In ihren offiziellen Verlautbarungen weist die Regierung Ne Win niemals auf eine Unterstützungstätigkeit durch China hin, obwohl jedermann daran denkt. In den Landkarten allerdings deuten die Pfeile, welche den Ausgangspunkt und die Marschroute sowie die Rückzugsgebiete der Rebellen bezeichnen, unzweifelhaft auf China, das stets nur als "ein Nachbarland" bezeichnet wird. In Rangoon weiß man auch, daß der Partisanensender "Stimme des Volkes von Birma" von China aus sendet, und daß der neue Parteivorsitzende Thakin Ba Thein Tin viele Jahre seit 1953 in Peking gelebt hat. Auch ist man davon überzeugt, daß die wichtigsten kommunistischen Rebellenstreitkräfte von China ausgebildet, ausgerüstet und versorgt werden. Selbst für Lazarette sei jenseits der Grenze gesorgt.

Allerdings hat man bisher keine ethnischen Chinesen als Soldaten oder Berater auf birmanischem Gebiet antreffen können.

### (13) Japan macht Zugeständnisse beim Fischerei-Abkommen mit China

Am 15. August haben China und Japan das neue Fischereiabkommen unterzeichnet (vgl. C.a. 75, Juli-Ü 55). Nach einem Bericht der Far Eastern Economic Review vom 5.9. haben die Japaner zwei strategische und politische Zugeständnisse machen müssen.

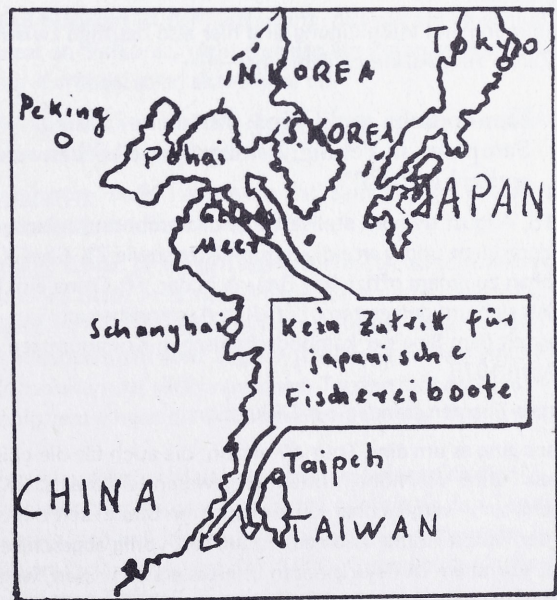
Zum einen hätte Tokyo die militärischen Alarmzonen in der Pohai-Bucht und im nördlichen Teil des Gelben Meeres im Grunde anerkannt. In einem Anhang zum Abkommen erklärten die Chinesen, kein japanisches Fischerboot dürfe ohne "besondere Erlaubnis" in dieses Gebiet fahren. Diese Forderung haben die Japaner zwar zurückgewiesen, im Gegenzug aber versprochen, keine japanischen Fischereiboote in diese Zone zu entsenden, "um Chinas Fischereivorräte zu erhalten". Das zweite Zugeständnis der Japaner betrifft die militärische Alarmzone südlich des 27. Breitengrades, die in die militärischen Operationen gegen Taiwan involviert ist. Auch hier haben die Japaner ursprünglich den chinesischen "Rat", dieses Gebiet zu meiden, abgelehnt, aber "von der chinesischen Position" Kenntnis genommen. Die Unterzeichnung des Abkommens bedeute jedoch keine Anerkennung des chinesischen Rechtsanspruches, wie Tokyo nachdrücklich erklärte und durch flankierende Begleitdokumente zum Vertragstext klarstellte.

Aufgrund des Abkommens wird ferner ein beiderseitiger Seenotrettungsdienst eingerichtet. Japanischen Fischereidampfern wird gestattet, im Notfall bestimmte chinesische Häfen anzulaufen.

Das jetzt unterzeichnete Abkommen ist das letzte der vier in Art. 9 der Japanisch-Chinesischen Erklärung vom September 1972 erwähnten Abkommen (Handel, Schifffahrt, Zivilflugverkehr, Fischerei) (NCNA, 15.8.1975).

Zur gleichen Zeit tauschte in Peking Außenminister Chiao Kuanhua mit dem japanischen Botschafter Noten aus, welche die seit langem angestrebte Errichtung eines japanischen Generalkonsulats in Shanghai und eines chinesischen Gegenstückes in Osaka vorsehen (The Japan Times, 16.8.1975).

Immer noch steht freilich der Vertrag über Frieden und Freundschaft aus, der in die Sackgasse der Anti-Hegemonie-Klausel geraten ist (Näheres dazu C.a. Mai 1975, S.230 ff.).



Quelle: FEER, 5.9.1975

#### (14) Chinesisches Verständnis für die japanisch-amerikanische Zusammenarbeit

In einem sachlichen und unpolemischen Bericht referiert Hsinhua (NCNA, 7.8.1975) über die wichtigsten Ergebnisse der Besprechungen zwischen dem japanischen Ministerpräsidenten Takeo Miki und Präsident Ford, die am 5. und 6. August während des Besuches Mikis in den USA geführt wurden. Japan und die USA wollten ihre Zusammenarbeit erweitern und verstärken. "Beide Seiten unterstrichen erneut die Bedeutung des Vertrages über beiderseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen beiden Ländern und vertraten die Auffassung, daß die 'ständige Beibehaltung des Vertrags im langfristigen Interesse beider Länder liegt'. Die USA bekräftigten, daß 'sie zu ihren Verteidigungsverpflichtungen gegenüber Japan entsprechend dem Vertrag über beiderseitige Zusammenarbeit und Sicherheit im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen Japan, ganz gleich ob mit nuklearen oder konventionellen Streitkräften, stehen werden'."

Ein zweiter wichtiger Punkt, den Hsinhua kommentarlos - also billigend - referiert, ist die amerikanische Versicherung, daß die "USA auch in Zukunft eine aktive und positive Rolle in der Region Asien spielen und ihre Vertragsverpflichtungen einhalten werden."

Im Gegensatz zu den bisherigen zwei Ergebnissen, die offensichtlich als positiv eingeschätzt werden, wird der dritte Punkt, mit dem Peking sich nicht einverstanden erklärt, unter Einfügung eines "kritischen Seitenhiebs" referiert. Es heißt nämlich: "Hinsichtlich der Situation auf der koreanischen Halbinsel gaben beide Seiten erneut klar zu erkennen, daß die Regierungen der USA und Japans die Aspirationen des koreanischen Volkes nach einer unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung ihres Landes ignorieren und an ihrer u n v e r n ü n f t i g e n Haltung (Hervorhebung durch den Autor), d.h. an der Unterstützung der Park Chong Hee - Clique und dem Versuch festhalten, die Teilung Koreas in einen nördlichen und einen südlichen Teil zu verewigen....."

Zustimmung und Mißbilligung sind hier also deutlich zwischen den Zeilen zum Ausdruck gebracht!

#### (15) Kambodscha und China: Parteichef Khieu Samphan in Peking; Peking "baut" Sihanouk weiterhin "auf"

Am 15. August traf der stellvertretende kambodschanische Ministerpräsident und Verteidigungsminister sowie ZK-Chef Khieu Samphan zu einem offiziellen Besuch in der VR China ein. Es handelt sich um den ersten offiziellen Auslandsbesuch Samphans seit dem Sieg der kambodschanischen Kommunisten am 17. April 1975.

Mehrere Themen standen zur Diskussion:

Erstens ging es um eine Tour d'horizon, die auch für die chinesischen Führer von hohem Interesse gewesen sein mag, da Kambodscha sich - vergleichbar keinem anderen Staat - seit dem Sieg der Roten Khmer nach außen hin fast völlig abgeschlossen hatte. Vor allem ist Peking daran interessiert zu wissen, welche Haltung die neuen Führer in Phnom Penh gegenüber der Sowjetunion einnehmen wollen.

Zweitens ist es wohl auch um die Position Sihanouks im neuen Kambodscha gegangen. Sihanouk hielt sich zu diesem Zeitpunkt

bereits drei Monate lang in Nordkorea auf, und zwar zusammen mit seiner Frau und dem nominellen Ministerpräsidenten der kambodschanischen Regierung, Penn Nouth. Sihanouk wartete in seinem "zweiten Exil" offensichtlich auf ein Zeichen aus Phnom Penh. Auch die Chinesen hatten wohl kein Interesse daran, einen Staatschef noch länger zu halten, der seit März 1970 in ihrem Lande ist und nun auch nach dem Sturz der Regierung Lon Nol immer noch keine Funktion im eigenen Lande gefunden hat. Aus einem Staatschef und einem Ministerpräsident im Exil mußten endlich wieder wirkliche Entscheidungsträger werden.

Drittens ging es Khieu Samphan darum, für sein von fünf Jahren Krieg verwüstetes Land chinesische Hilfe einzuwerben. Mit seiner Bitte hatte der Parteichef auch Erfolg, wenngleich nirgends zu erfahren war, in welcher Form und in welcher Höhe Peking Unterstützung zu geben bereit war.

War es ein Zufall, daß zur gleichen Zeit, als Khieu Samphan in der chinesischen Hauptstadt weilte, auch das nordvietnamesische Politbüromitglied Le Thanh Nghi nach Peking kam? Bekannt sind die Meinungsverschiedenheiten, die sich in der Zwischenzeit zu Hanoi ergeben haben:

Nordvietnam hat beispielsweise - ganz im Gegensatz zu China - den indischen Notstandsmaßnahmen applaudiert und auch Sympathien für das indische Vorgehen in Sikkim gezeigt. Außerdem unterstützen die Nordvietnamesen - ebenso wie die Sowjetunion - die MPLA bei ihrem Kampf in Angola, während die Chinesen sich hinter die FNLA gestellt haben. Bekannt ist auch das lautlose Tautziehen um die Paracel- und Spratley-Inseln im Südchinesischen Meer. Schließlich sieht Peking mit Sorge die enge Verbundenheit Hanois zu Moskau.

Die Dreiergesprächsrunde zwischen den chinesischen, kambodschanischen und nordvietnamesischen Führern muß unter diesen Umständen höchst interessant gewesen sein und hat gewiß auch Marksteine für die weiteren Entwicklungen in Indochina gesetzt.

Am 18. August wurde in Peking ferner ein "Abkommen über Wirtschaftliche und Technische Zusammenarbeit zwischen der Regierung der VR China und der Königlichen Regierung der Nationalen Einheitsfront Kambodschas" unterzeichnet (NCNA, 18.8.1975). Nähere Angaben sind nicht zu erhalten.

Das Gemeinsame Chinesisch-Kambodschanische Kommuniqué vom 19.8.1975 (NCNA, 19.8.1975) fiel fast nichtssagend aus. Beide "Völker" beglückwünschten sich gegenseitig zu ihren großen Siegen und zu ihren Aufbauereignissen und versichern sich einer gegenseitigen "tiefen revolutionären Freundschaft". Sodann werden gemeinsame "Unterstützungserklärungen" für das vietnamesische, das laotische, das koreanische und das "arabische" Volk abgegeben und die selbständig gewordenen Staaten in Mozambique, auf den Komoren etc. beglückwünscht. Zweierlei ist bemerkenswert: Zum einen scheint die VR China das neue Kambodscha als einen sozialistischen Staat anzuerkennen, zu dem sich China nach den "Prinzipien des Proletarischen Internationalismus" verhalten will.

Zum anderen ist bemerkenswert, daß die "chinesische Seite" die Namen ihrer beiden Proteges, Sihanouk und Ministerpräsident Penn Nouth, nachdrücklich als Staatschef Kambodschas und Vorsitzenden der FUNC bzw. als Ministerpräsidenten der "Königlichen Regierung der FUNC" hervorhebt.

Ministerpräsident Chou En-lai und seine Stellvertreter Teng Hsiao-

ping und Hua Kuo-feng führten in Peking getrennte Gespräche mit den beiden stellvertretenden kambodschanischen Ministerpräsidenten Khieu Samphan und Ieng Sary. Chou empfing die beiden Repräsentanten Kambodschas im Krankenhaus.

Anschließend fuhr Khieu Samphan nach Pjöngjang. Das Ergebnis:

Nach dreimonatigem Aufenthalt in Nordkorea kehrte das nominelle Staatsoberhaupt Kambodschas, Prinz Norodom Sihanouk, am 23. August wieder nach Peking zurück, und zwar zusammen mit dem nominellen Ministerpräsidenten Penn Nouth und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Khieu Samphan, der vorher bereits in Peking gewesen war (NCNA, 23.8.1975). Begrüßt wurden sie am Bahnhof von den Vizeministerpräsidenten des Staatsrats Teng Hsiao-ping und Li Hsien-yen. Dies war der erste Schritt auf dem Wege zurück nach Kambodscha, das Sihanouk vor fünf Jahren, nämlich im März 1970, hatte verlassen müssen und das er in der Zwischenzeit einmal im Hinterland heimlich besucht hatte.

Offensichtlich konnte Sihanouk sich in Pjöngjang mit Khieu Samphan über die Prinzipien seiner Rückkehr nach Kambodscha einigen. Offensichtlich ist damit der Proporzmathematik in Phnom Penh Genüge getan worden. Die kollektive Führung im neuen Kambodscha umfaßt in der Regierung eine nordvietnamesische Gruppe (Ernennung der Minister Sen und Ieng Sary) und soll nun in Form von Sihanouk und Penn Nouth auch einen stärkeren chinesischen "Flügel" erhalten.

Kambodscha will m.a.W. neutral bleiben, beabsichtigt jedoch, mit China und Nordvietnam besondere Beziehungen zu unterhalten.

Angesichts dieses delikaten Gleichgewichtes innerhalb der neuen Führungsmannschaft sind die politischen Überlebenschancen des Prinzen wenigstens für die bevorstehende Zeit gesichert. Auch zeigt sich jetzt, daß sich die chinesischen "Investitionen" in Sihanouk doch auszuzahlen scheinen.

Sollten Gerüchte zutreffen, daß Sihanouk im Herbst die Sache Kambodschas vor der UNO vertreten und außerdem auch arabische Länder bereisen wird, so hätte er damit schon gleich von Anfang an einen guten Einstand in Phnom Penh. Wird sich jedoch die neue Führung in Phnom Penh langfristig mit einer außenpolitischen Repräsentanz durch Sihanouk zufriedengeben?

Am 26. August hatte Chou En-lai im Krankenhaus eine Unterredung mit Sihanouk, wobei die Position des Prinzen als "Staatsoberhaupt und Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront Kambodschas" nochmals deutlich hervorgehoben wurde (26.8.1975, NCNA). Hsinhua bringt auch ein Photo, das Chou En-lai und Sihanouk in der Mitte zeigt, während Khieu Samphan weiter außen gruppiert ist. Wer mit den Byzantinismen des chinesischen Protokolls vertraut ist, weiß, daß diese Anordnung nicht auf einer zufälligen Konstellation beruht.

Den Chinesen, die sehr viel auf äußeres "Gesicht" geben, wäre es möglicherweise genug, wenn Sihanouk in Zukunft zeremonielle und diplomatische Funktionen ausübte, während die Kommunisten, unter ihnen Khieu Samphan und Ieng Sary, als Graue Eminenzen fungierten.

Am 27. August schließlich empfing Parteivorsitzender Mao die kambodschanische Delegation mit Sihanouk an der Spitze (NCNA, 27.8.1975).

Damit hat Sihanouk die "letzte Weihe" für seine Rückkehr nach Kambodscha erhalten. Er ist nach wie vor "Peking Mann".

### (16) China zur Ablehnung des Antrags der Republik Südkorea auf den Beitritt zur UNO

Die Ablehnung der Aufnahme Südkoreas hat erneut gezeigt, daß das koreanische Wiedervereinigungsproblem noch weit von einer Lösung entfernt ist.

Vergessen scheint das Sieben-Punkte-Kommunique vom 4. Juli 1972, das - unter reger Anteilnahme der Weltöffentlichkeit - wie ein Neubeginn nach 22 Jahren der Erstarrung gewirkt hatte. Wie sich erst nachträglich herausstellte, hat es an den einander diametral entgegengesetzten Auffassungen der beiden Regierungen kaum etwas Wesentliches geändert:

Die südkoreanische Regierung betrachtet die DVR Korea nach wie vor lediglich als "lokale De-facto-Regierung"; hat aber andererseits am 23.6.1973 gefordert, daß beide Teile Koreas unabhängig voneinander der UNO beitreten sollten. Diese in sich eigentlich widersprüchliche Haltung erklärt sich daraus, daß Südkorea angesichts des diplomatischen Durchbruchs der nordkoreanischen Regierung nicht länger mehr mit einer "Halbsteindoktrin a la Seoul" Gesicht verlieren wollte.

Pjöngjang widersetzte sich empört diesem Plan, "zwei Koreas zu etablieren". Der Norden und der Süden könnten unmöglich getrennt den Vereinten Nationen beitreten. Vielmehr solle man sich, wenn schon die Wiedervereinigung vorerst nicht erreicht werden könne, wenigstens zu einer Nord-Süd-Konföderation zusammenschließen und als einheitliche "Föderative Republik Koryo" der Weltorganisation beitreten.

Dem Vorschlag einer - auf außenpolitische Aktionen limitierten - Zweitstaatlichkeit Koreas, wie er de facto in der südkoreanischen Erklärung lag, setzte Kim Il Sung also sein Konföderationskonzept entgegen. Er will m.a.W. die Wiedervereinigung durch Schaffung einer Konföderation von Nord- und Südkorea einleiten.

Seoul hingegen ist der Auffassung, daß nur ein Anschluß Nordkoreas an Südkorea, nicht dagegen ein Zusammenschluß in Form einer Konföderation akzeptabel sei.

Wie nun verhalten sich die Großmächte zu diesen miteinander so unvereinbaren Vorstellungen?

Washington steht - nach dem Fall Saigons - mit verstärktem Engagement hinter Südkorea.

Moskau schien demgegenüber längere Zeit zu schwanken: Auf der einen Seite ist es zu "Proletarischem Internationalismus" gegenüber Pjöngjang verpflichtet, auf der anderen Seite schien man jedoch nicht ganz abgeneigt, dem Gedanken eines Flottenstützpunktes auf südkoreanischem Territorium näherzutreten. Wenigstens gingen die Befürchtungen Tokyos in diese Richtung.

Diese janusköpfige Haltung wiederum veranlaßte die VR China, gegenüber Nordkorea unbedingte Loyalität an den Tag zu legen. Sie stellt sich voll hinter die Konföderationspläne Kim Il Sungs, plädiert für einen Abzug der "UNO-Kommission für die Wiedervereinigung Koreas", die nichts anderes sei als ein "Aggressionswerkzeug der US-Imperialisten zur permanenten Besetzung Südkoreas", und hat außerdem eine kaum noch überschaubare Fülle von bilateralen Abkommen mit Pjöngjang geschlossen. Nord-

korea ist - neben Albanien, Rumänien und Nordvietnam - auch einer der ganz wenigen Staaten, denen China noch das Prädikat "sozialistisch" zuerkennt und mit denen es Parteibeziehungen unterhält.

Nur in einem einzigen Punkt hat Peking den Nordkoreanern bisher die Gefolgschaft verweigert: Als Kim Il Sung bei seinem Besuch in der VR China (April 1975) auf eine mögliche militärische Intervention seines Landes in Südkorea hinwies, stellten die chinesischen Gastgeber sich taub.

### (17) Laos: Peking und die Machtübernahme des Pathet Lao

Die endgültige Machtübernahme des Pathet Lao war der kaum noch überraschende, weil längst fällige Schlußakt eines Dramas, das über die Jahre hin mit beinahe zwingender Logik abgelaufen ist. Die einzelnen Akte dieses Schauspiels, das sich zwischen dem Pathet Lao einerseits und den wechselnden Fronten seiner Gegner andererseits abspielte, verlief in folgenden Etappen:

Erstes Koalitionskabinett (1956) - Bürgerkrieg (1957-1962) - zweites Koalitionskabinett (1962) - Bürgerkrieg (1964-1973) - Waffenstillstand (1973) - Bildung eines dritten Koalitionskabinetts (April 1974) und Neutralisierung der Städte Vientiane sowie Luang Prabang - Abzug aller ausländischen Streitkräfte (auch der Nordvietnamesen?) und Abbau des amerikanischen USAID (1974/75) - systematische Aufweichung der "Vientiane-Regierung" von innen her bei strikter äußerer Wahrung des paritätischen Kooperationsrituals - Machtübernahme durch den Pathet Lao.

Die laotischen Kommunisten sind also auf "legalem Wege" an die Macht gelangt. Insofern haben sie eher das sowjetische Modell der Eroberung aller Schlüsselpositionen auf "parlamentarischem", d.h. friedlichem, Wege befolgt, als die chinesische "Kampf"-Lösung.

Mit seinen zwei Millionen Einwohnern und seiner unterentwickelten Wirtschaft bleibt Laos, trotz seiner offiziellen "Neutralität" Spielball der Mächte: Die USA haben sich seit 1974 praktisch aus Laos zurückgezogen und die dortigen Probleme - ganz im Sinne der "Nixon-Doktrin" - sich "laotisieren" lassen. Die Sowjetunion andererseits sucht keinen direkten, sondern vielmehr nur indirekten Einfluß über Hanoi. So gesehen wird sich das außenpolitische Tauziehen künftig zwischen der VR China einerseits und Hanoi/Moskau andererseits abspielen. China hat bereits von langer Hand vorgebaut: Es gewährt Entwicklungshilfe (deren Umfang übrigens seit dem Rückzug der USAID erheblich zugenommen hat) und hat außerdem den gesamten Nordwesten und Norden des Landes mit "seinen" Straßen ausgelegt, während die "vietnamesischen" Wege (u.a. der Ho Chi Minh-Pfad) genau am anderen Ende des Königreiches, nämlich in Südostasien, verlaufen. Diese "Symmetrie"-Politik ist gewiß kein Zufall. Ausgerechnet an der Stelle nämlich, wo sich "chinesische" und "vietnamesische" Straßen am nächsten kommen, nämlich am zentral-laotischen Ou-Fluß, ist es bisher nicht zum Bau einer Brücke gekommen, die beide Verkehrssysteme miteinander verbinden würde.

Vietnamesischen Indochina-Ambitionen hält Peking seine Drei-Völker-Formel entgegen. Danach "gehört Vietnam dem vietnamesischen, Kambodscha dem kambodschanischen und Laos dem laotischen Volk".

### (18) Chinesische Stellungnahme zum amerikanischen Veto gegen die Aufnahme beider Teile Vietnams in die UNO

Die USA hatten ihre Zustimmung für eine Aufnahme der beiden Teile Vietnams in die UNO davon abhängig gemacht, daß auch Südkorea in die Weltgemeinschaft aufgenommen werde. Gegen Südkorea hatte sich jedoch vor allem der chinesische Vertreter ausgesprochen. Folglich stimmte der US-Vertreter gegen die beiden Vietnams (Mitglieder des Sicherheitsrates können gegen die Aufnahme eines neuen Mitglieds in die UNO Veto einlegen).

Der chinesische Vertreter Huang Hua erklärte dazu: "Nachdem der Sicherheitsrat es abgelehnt hatte, den sogenannten Aufnahmeantrag der südkoreanischen Park Chung Hee-Clique auf die Tagesordnung zu setzen, benutzte der US-Vertreter unter fortgesetzter Mißachtung der UN-Charta und der entsprechenden Resolution der Vollversammlung sowie des Willens der überwiegenden Mehrheit der Sicherheitsratsmitglieder die berechnete Ablehnung seines vorgeschlagenen 'Pakethandels' durch den Sicherheitsrat als Vorwand, um sein Veto gegen die Aufnahme der Republik Südvietnam und der Demokratischen Republik Vietnam in die UNO einzulegen. Eine derartige Praxis ist höchst unvernünftig. Die chinesische Delegation kann über obigen Akt nur ihr tiefes Bedauern zum Ausdruck bringen. Wir möchten darauf hinweisen, daß ein derart unvernünftiges Handeln seitens der Vereinigten Staaten nur dazu führen kann, diese international in noch größere Isolation zu treiben". Beide Teile Vietnams hätten sich für die Aufnahme in die UNO "in Übereinstimmung mit den entsprechenden Bestimmungen der UN-Charta qualifiziert" (NCNA, 12.8. 1975).

Es hätte den Chinesen gut ins Konzept gepaßt, wenn beide Teile Vietnams als getrennte Staaten in die Weltgemeinschaft aufgenommen worden wären und wenn dadurch die Zweistaatlichkeit Vietnams gleichsam formalisiert worden wäre. Während nämlich Moskau auf ein möglichst starkes, unter Hanoi vereinigt Vietnam, wenn nicht gar Indochina hinarbeitet, ist Peking durchaus an einem balkaniserten Indochina interessiert.

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (19) Bewertung der KSZE

Am 1. August wurde die dreitägige Tagung der dritten KSZE-Phase in Helsinki feierlich beendet, nachdem die Staats- und Regierungschefs der 35 teilnehmenden Länder gesprochen und das "Abschlußdokument der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (mit ungefähr 30.000 Worten oder 120 Seiten) unterzeichnet hatten.

Für den chinesischen Kommentator (NCNA 3. und 4.8.1975) war das Dokument nichts anderes als ein "Fetzen Papier". Im wesentlichen sei nichts mehr herausgekommen als eine Wiederholung der Verpflichtungen, an die alle Teilnehmerstaaten als Mitglieder der UNO ohnehin gebunden seien. Habe aber die Charta der Vereinten Nationen, die vor 30 Jahren verkündet habe, Ruhe in der Welt geschaffen? Sei sie etwa bei der Okkupation der Tschechoslowakei im Jahre 1968 beachtet worden?

Die KSZE sei in Wirklichkeit nichts anderes gewesen als ein "zwei-



tes München" (NCNA, 31.7.1975). Es werde der Sowjetunion helfen, drei große "Ambitionen" zu verwirklichen:

- Die westlichen Länder Europas zur Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen Europas zu zwingen,
- die Vormachtstellung des sowjetischen Revisionismus in Europa zu stärken, und
- die NATO-Streitkräfte wehrlos zu machen, indem eine illusorische Entspannung vorgetäuscht und somit der Einfluß der USA in Europa ausgehöhlt werde (ebd.).

Als Zeugen für seine skeptische Auffassung zitiert der chinesische Kommentator Helmut Schmidt, Harald Wilson, Ceausescu und Giscard d'Estaing. Interessant ist die Wiederholung der Forderung des deutschen Bundeskanzlers, daß das Dokument eine "friedliche Änderung der Grenzen" durchaus zulasse und daß das Ziel Westdeutschlands nach wie vor 'die Verwirklichung der Wiedervereinigung auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung' bleibe (NCNA, 2.9.1975).

Im Zusammenhang mit der KSZE brachte Hsinhua (NCNA, 2.8.1975) auch einen Artikel mit der Überschrift "Sturmwolken über Europa". "Europa ist stets der strategische Brennpunkt des sowjetisch-amerikanischen globalen Ringens um Hegemonie gewesen. Ein bemerkenswerter Trend in den Entwicklungen der europäischen Lage der letzten Jahre besteht darin, daß beide Supermächte ihren militärischen Aufmarsch in jeder Hinsicht weiter verstärkt haben, um ihre dortigen Positionen zu festigen. Dreiviertel der sowjetischen Truppenstärke ist in Europa stationiert. Seit 1972 hat die Sowjetunion ihr Militärpotential dort jährlich um 5-10% vergrößert und den militärischen Aufbau der Staaten des von ihr kontrollierten Warschauer Pakts beschleunigt, um dessen 'militärische Integration' mit der Sowjetunion zu straffen. Andererseits haben die Sowjetrevisionisten eine Reihe politischer, wirtschaftlicher und diplomatischer Schritte unter dem Deckmantel einer Schein-'Entspannung' unternommen, um das NATO-Bündnis zu zersetzen und die westeuropäische Union zu untergraben, um die US-Streitkräfte zu schwächen und sie aus Europa hinauszudrängen. Die frühere tiefgreifende Verwicklung der USA in Indochina hat den Sowjets Gelegenheit zur Infiltration und Expansion in Europa gegeben. In den letzten Jahren würden die USA allerdings gezwungen, sich wieder aus dem Vietnam-Krieg 'herauszulösen'. So wurden sie in die Lage versetzt, sich schrittweise wieder stärker in Europa einzuschalten..... Auf der NATO-Gipfelkonferenz stellte Ford sechs 'vorrangige Aufgaben' und wiederholte, das Atlantische Bündnis bleibe das Fundament der amerikanischen Außenpolitik."

Sodann folgt eine strategische Analyse des sowjetisch-amerikanischen Ringens um Europa.

a) **M i t t e l e u r o p a** war stets der Brennpunkt direkter Konfrontationen zwischen den beiden Militärblocks in Europa und ist es auch weiterhin geblieben. Der Kommentar führt sodann Zahlen an, die in etwa dem folgenden Schema entsprechen.....

b) Die Süd- und Nordflanken Europas seien in einer Art Zangenbewegung von den beiden Supermächten ebenfalls in den letzten Jahren immer mehr gefährdet worden (strategische Seewege zum und vom Atlantik).

Die Sowjetunion habe ihre größten Marinestützpunkte auf der Kola-Halbinsel errichtet und fixiere dabei ihre Augen auf Nordeuropa. In der Atlantik-Passage an der norwegischen See und in der Ostsee konzentrierte die Sowjetunion mehr als 10 Divisionen, ungefähr 1000 Flugzeuge und ihre zwei größten Flotten, die Nördliche und die Ostseeflotte (Das Thema Nordeuropa und Sowjetunion steht seit Monaten mit an der Spitze antisowjetischer chinesischer Polemiken!).

Auch **S ü d e u r o p a** wird "als empfindlichster Teil des Bauches des Kontinents" - von der Sowjetunion und von den USA umstritten. Auch dort habe die Sowjetunion ihre Marinestreitkräfte als Gegenmacht zur 6. US-Flotte aufgebaut. Immer schon sei die Balkanhalbinsel ein sowjetisches Eroberungsziel gewesen. Auch dort betrieben die Sowjetrevisionisten heute noch Subversion und Infiltration. U.a. hätten sie sich den militärischen Staatsstreich vom Juli 1974 auf Cypern zunutze gemacht, um auch auf diesem strategischen Punkt des Mittelmeeres im Wettstreit mit den Amerikanern Fuß zu fassen. Gleichzeitig hätten sie sich den Bruch an der Südflanke der NATO zunutze gemacht, um einen Keil in die Beziehungen der Türkei und Griechenlands zu den USA und zur NATO zu treiben. All diese Maßnahmen veranlaßten die USA, "Überstunden zu machen, um ihre Position in Südeuropa zu verbessern und in jenem Gebiet wirksamer mit der Sowjetunion rivalisieren zu können".

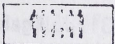
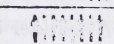
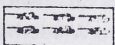
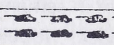
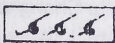
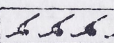
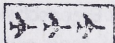
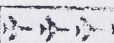
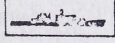
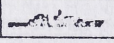
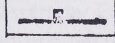
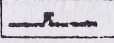
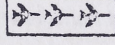
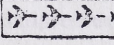
An all diesen Entwicklungen habe die Sicherheitskonferenz nicht ein Jota geändert.

## (20) KSZA: Kollektives Sicherheitssystem für Asien

Seit dem für Moskau erfolgreichen KSZE-Gipfel in Helsinki sind die Sowjets mit neuem Elan dazu übergegangen, das Breschnew'sche Projekt für ein kollektives Sicherheitssystem in Asien zu propagieren, allerdings mit nur beschränktem Erfolg, da offensichtlich niemand eine Pax Sovietica in Asien wünscht.

In einer glänzend geschriebenen Attacke mit dem Titel "Der habstüchtige Blick der sowjetischen Sozial-Imperialisten nach Südostasien" polemisiert ein Kommentator der Hsinhua (PRU 1975 Nr.33, S.21 f.) gegen den KSZA-Plan. Man dürfe den Tiger (die Sowjetunion) nicht durch die Hintertür hereinlassen, während der Wolf (die USA) zur Vordertür hinausgetrieben werde. Wörtlich: "Die Niederlage und den Abzug der USA sowie deren strategische Neuorientierung in Asien nutzt die Sowjetunion aus, um aufs neue zu versuchen, die USA zu ersetzen und die Hegemonie in Südostasien zu errichten."

Besonders "unverschämt" sei der Versuch, die KSZA und den ASEAN-Vorschlag für die Neutralisierung Südasiens

NATO MITTELABSCHNITT		WARSCHAUER PAKT	
	Kampfgruppen 1:1,3		
	Mittlere Panzer 1:2,6		
	Feldkanonen 1:2,1		
	Taktische Kampfpanzer 1:2,3		
NATO OST-ATLANTIK		Sowj. Nordmeerflotte	
	Uberswasser-Schiffe 1:1,7		
	U-Boote 1:1,6		
	Kampfflugzeuge 1:1,5		

als "übereinstimmend" zu bezeichnen. Dieser sei ein Versuch, "Fischaugen unter die Perlen zu mischen". Der Neutralisierungsplan der ASEAN, der durch die Kuala Lumpur-Deklaration von 1971 aufgestellt worden sei, richte sich gegen den Hegemonismus und die Macht der Supermächte und plädiere für die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der ASEAN-Länder. Die KSZA begünstige demgegenüber "einzig und allein die sowjetische Aggressions- und Expansionspolitik und zielt darauf ab, mit den USA um die Hegemonie in Asien zu ringen, die asiatischen Länder untereinander zu spalten und die kleinen und mittelgroßen Länder Asiens in ihre Einflußsphäre einzubeziehen."

Man dürfe die Sowjetunion nicht nach ihren Worten beurteilen, sondern blicke auf ihre Taten:

- Sie versuche, in Südostasien Militärbasen aufzubauen, und vergrößere laufend die Zahl ihrer Kriegsschiffe im Pazifik und im Indik.
- Obwohl Malaysia, Indonesien und Singapore im Jahre 1971 erklärt hätten, daß die Malakka-Straße ihrer gemeinsamen Verwaltung unterliege und kein internationaler Wasserweg mehr sei, hätten sowjetische Kriegsschiffe ohne Erlaubnis die Malakka-Straße passiert und damit ihren Hegemonismus deutlich vor Augen gestellt.
- Überall in Südostasien treibe Moskau heute Spionage. Die nach Thailand geschickten Spione hätten sich seit der Niederlage der USA in Indochina mehr als verdreifacht. Auch drängen laufend sowjetische Spionageschiffe in die Territorialgewässer südostasiatischer Länder ein, um Informationen zu sammeln.
- Schließlich habe Moskau 1971 die Kuala Lumpur-Deklaration zu torpedieren versucht. Die ASEAN könne ohne ein "zuverlässiges Garantiesystem" ihre Ziele kaum erreichen. Für die südostasiatischen Staaten müsse dies ein hinreichender Beweis dafür sein, daß Moskau nur den Breschnewismus anerkenne, für die Forderungen der ASEAN-Länder aber keinerlei Verständnis zeige.

## Außenpolitik allgemein

### (21) Radio Peking sendet jetzt in 42 Sprachen

Wie aus der neuesten Ausgabe "China im Bild" (1975, Nr.7) hervorgeht, sendet das Auslandsradio der VR China, "Radio Peking", jetzt in 42 Sprachen - in 37 Fremdsprachen und in 5 Sprachen Chinas. Allein für Hörer in Asien bringt Radio Peking Sendungen in 26 Sprachen (21 Fremdsprachen und 5 Sprachen bzw. Dialekte Chinas). Für Hörer in Afrika und Westasien sendet Radio Peking in 10 Sprachen, für Lateinamerika in 3 Sprachen (darunter in dem Anden-Dialekt Quechua), für Nordamerika nur in Englisch, ebenso für Hörer in Ozeanien. Für Hörer in Europa wird in 14 Sprachen gesendet (die Programme in den verschiedenen chinesischen Sprachen nicht mitgerechnet).

Aus einem besonderen Sendeplan für die Programme im englischen Radio Peking ergibt sich, daß in dieser Sprache jetzt - für alle Weltrichtungen zusammen - ein tägliches Programm von 20 Stunden (bisher 19) nur in Englisch gesendet wird. Die Deutschsendungen von Radio Peking werden täglich von 19 bis 20 Uhr MEZ und von 21 bis 22 Uhr MEZ gesendet. Sie sind derzeit auf den Frequenzen 7010, 7780 und 11445 kHz zu hören. Radio

Peking ist - nach Radio Moskau - der zweitgrößte Auslandsradiodienst der Welt. Erst auf dem dritten Platz folgen (nach dem Programmvolumen) die USA, dann die Bundesrepublik Deutschland, England und Ägypten.

## INNENPOLITIK

### (22) Tag des Militärs

Am 1. August beging die VBA ihren 48. Gründungstag. Aus diesem Anlaß gab das chinesische Verteidigungsministerium - wie in der Vergangenheit - am Vorabend in der "Großen Volkskongreßhalle" in Peking einen großartigen Empfang für Regierungs-, Partei- und Armeeführer, das diplomatische Korps, vorbildliche Soldaten sowie Vertreter der Miliz und anderer Kreise. Im Vergleich zur gleichen Feier im Vorjahr fiel auf, daß einige Prominente wie Chou En-lai, Chu Teh, Chiang Ch'ing und Yao Wen-yüan nicht anwesend waren. Wang Hung-wen nahm zur gleichen Zeit an den Feierlichkeiten in Shanghai teil. Überraschend war es, daß Lo Jui-ch'ing, der 1966 während der Kulturrevolution offiziell kritisiert und kaltgestellt worden war (siehe W. Bartke, Lo Jui-ch'ing rehabilitiert, in diesem Heft ), diesmal in der offiziell bekanntgegebenen Teilnehmerliste des großen Empfanges in Peking wieder erwähnt wurde (JMJP, 1.8.1975 und 1.8.1974).

Auf der ersten Seite der JMJP vom 1.8.1975 und den beiden ersten Seiten der HCH vom August wird eine Anweisung des Parteivorsitzenden Mao zitiert. U.a. wird diesmal die Disziplin der Armee besonders betont. Wörtlich lautet der letzte Satz des Zitats: "Die Disziplin muß unbedingt gehoben werden. Befehle sind entschlossen zu befolgen, die Politik zu verwirklichen, und an den "drei großen Disziplinvorschriften und acht Verhaltensregeln ist festzuhalten. Einheit von Armee und Volk, Einheit von Armee und Regierung, Einheit in der ganzen Armee. Das Übertreten von Disziplinvorschriften ist in keiner Form erlaubt."

### (23) Wang Hung-wen irrtümlich als Stellv. Vorsitzender der Militärkommission bezeichnet?

Am 31. Juli verbreitete die chinesische Nachrichtenagentur NCNA einen englischsprachigen Rundfunkbericht über die Feiern zum 48. Jahrestag der Armee in Shanghai, worin Wang Hung-wen als "Stellvertretender Vorsitzender des ZK der KPCh und Stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission des ZK der KPCh" bezeichnet wurde (SWB, 12.8.1975).

Eine Wiederholung dieser Meldung vom 1. August durch den in London erscheinenden englischsprachigen Dienst der NCNA nannte Wang indes nur als "Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPCh".

Der chinesischsprachige Dienst der NCNA vom 31. Juli gab ebenfalls beide Bezeichnungen in seinem Bericht über die Feiern zum Jahrestag der Armee wieder, wobei keine spätere Wiederholung oder Berichtigung stattfand -, aber eine von Radio Shanghai im gleichen Zusammenhang verbreitete Sendung vom 1. August nannte Wang gleichfalls nur in seiner bekannten Eigenschaft als Stellv. Vorsitzenden (SWB, 12.8.1975).

Damit dürften weitreichende Spekulationen, die sich in der westlichen Presse um diese weitere Ernennung Wang Hung-wens gerankt hatten, vorerst keinen Rückhalt finden.